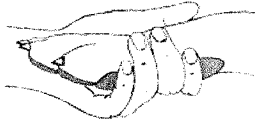




BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Gemeinsam stark!



Albert Schweitzer
Albert Schweitzer Stiftung
für unsere Mitwelt



Herr Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Obere Königstrasse 8
34117 Kassel

Kassel, 16. Februar 2017

Offener Brief – Kommunalen Tierschutz jetzt!

Sehr geehrter Herr Hilgen,

die Zahl verwilderter Katzen ist in den letzten Jahren stetig und zuletzt massiv angestiegen. Die Tierheime sind voll von kranken Tieren. Tierschutz-Organisationen melden akuten Handlungsbedarf bei den politischen Verantwortlichen in den Kommunen an. In Kassel sind Sie, Herr Hilgen, als Oberbürgermeister der Stadt für diese Entscheidung verantwortlich. Leider können Sie nach eigener Aussage keine Handlungsgrundlage erkennen und verhindern damit eine positive Entscheidung zum Wohl der Tiere.

Wir, die Unterzeichner*innen, fordern Sie, Bertram Hilgen – Oberbürgermeister der Stadt Kassel – auf, die rechtlichen Möglichkeiten für den Tierschutz zu nutzen und damit das Leid zahlloser Katzen zu beenden bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen eine kommunale Verordnung zur Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht sowie zur medizinischen Behandlung von Katzen.

Tierschutz kann manchmal sehr einfach und kostengünstig sein, Herr Hilgen. Bitte beenden Sie Ihren Widerstand und handeln Sie endlich im Interesse des Tierschutzes.

Seit 2013 versuchen Kassels Tierschutzorganisationen und das Kasseler Tierheim eine Registrierungs- und Kastrationspflicht für Katzen einzuführen. Auch die Kasseler Stadtverordneten haben sich einstimmig für eine solche Verordnung ausgesprochen. Durch eine Entscheidung der

Landesregierung wurde Ihnen als Oberbürgermeister der Handlungsspielraum für den Tierschutz übertragen. In Kassel verweigern Sie jedoch eine Umsetzung und verweisen auf eine fehlende Notwendigkeit.

Dabei ist die dramatische Zunahme der Katzenpopulation nicht zu leugnen. Allein der Anteil von Fundkatzen und sichergestellten Katzen aus dem Stadtgebiet Kassel hat sich von 2001 (24 %) bis 2012 (55%) mehr als verdoppelt. Parallel dazu ist zu beobachten, dass sich die aufgefundenen und ins Tierheim gebrachten Katzen in einem immer desolateren Gesundheitszustand befinden. Die Anzahl von verletzten und erkrankten Katzen hat sich von 151 Tiere in 2001 auf 416 Tiere in 2012 nahezu verdreifacht.

Viele freilebende Katzen existieren unter sehr schlechten Bedingungen. Ohne Gesundheitsvorsorge – Impfungen, Entwurmung, etc-. – verbreiten sich Krankheiten wie Katzenschnupfen, Katzensenke, Leukose, FIP oder FIV sehr schnell. Zugleich verwildern Katzen in sehr kurzer Zeit und können bis zu dreimal im Jahr bis zu sieben Junge pro Wurf bekommen. Katzen aus menschlicher Obhut nehmen unweigerlich Kontakt zu der wildlebenden Population auf, können sich so mit Krankheiten infizieren und tragen kontinuierlich zum Vermehrungsgeschehen bei. Die enorme Zunahme der Population geht überwiegend auf unkastrierte Hauskatzen mit Freigang zurück. Zahlen des Tierheimes belegen, dass der Anteil der unkastrierten Katzen bei Fundtieren, sichergestellten Tieren oder Abgabebietern gravierend hoch ist.

Auch aus Sicht des Artenschutzes müssen die Folgen einer unkontrolliert wachsenden Katzenpopulation in Betracht gezogen werden. Katzen, insbesondere verwilderte Hauskatzen, jagen gerne Kleintiere wie Mäuse, Echsen und auch Vögel und tragen dazu bei, dass sich weniger Tiere in unseren Vorgärten und angrenzenden Siedlungen tummeln, als das sonst der Fall wäre. Besonders verwilderte Hauskatzen sind eine existentielle Bedrohung für unsere seltenen Wildkatzen, da es im Wald immer wieder zu Hybridisierungen beider Arten kommt, die letztendlich zum Aussterben der echten Wildkatzen führen können. Zum Schutz dieser Arten ist ein kontrollierender Eingriff durch eine Kastrationspflicht dringend notwendig. Kastrierte Katzen haben auch einen weniger stark ausgeprägten Jagdtrieb.

Aus den genannten fachlichen Gründen des Tier- und Naturschutzes sowie den substantiellen Erfahrungswerten des Tierheimes und weiterer Tierschutzorganisationen besteht der dringende Handlungsbedarf für eine rechtliche Verordnung. Durch verhältnismäßige Maßnahmen, nämlich der Einführung einer kommunalen Verordnung zum Schutz von Katzen mit einer Kennzeichnungs- und Registrierungsverpflichtung sowie zur Verpflichtung einer medizinischen Behandlung und einer Kastrationspflicht, wollen wir, die Unterzeichner*innen, die Probleme des zunehmenden Katzenelends wirkungsvoll lösen. Andere Städte und Gemeinde haben dies erfolgreich vorgemacht. Der Aufwand für Katzenbesitzer*innen ist zumutbar und kann fachlich durch ehrenamtliche Organisationen unterstützt werden.

Wir appellieren deshalb erneut und eindringlich an Sie, Herr Oberbürgermeister Bertram Hilgen: Geben Sie den Widerstand auf und folgen Sie den sachlichen Argumenten der akuten Notlage, um schnellstmöglich zum Schutz der Katzen zu handeln.



Karsten Plücker
Tierheim Wau Mau Insel e.V.
Bund gegen den Missbrauch der Tiere e.V.



Ruth Helwig
Cat-Care Tierhilfe Kassel e.V.



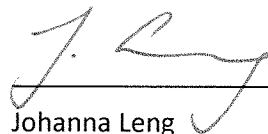
Christine Hesse
tierschutzpolitische Sprecherin
der grünen Rathausfraktion



Nicole Maisch MdB
tierschutzpolitische Sprecherin
der grünen Bundestagsfraktion



Peter Lorenz
NABU – Naturschutzbund
Gruppe Kassel



Johanna Leng
Aktionsgruppe Kassel
Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt



Harald Haag
Hessische Gesellschaft für
Ornithologie und Naturschutz e.V.

